

Wohnungslosenhilfe warnt vor Einschnitten

Vor allem die präventive Arbeit drohe, an Qualität zu verlieren. Die SPÖ spricht von politischer und budgetärer Kurzsichtigkeit.

SCHWARZACH Tarifierungen, Leistungskürzungen für Klienten, Qualitätseinbußen in der Arbeit und wirtschaftliche Schwierigkeiten: Vorarlberger Sozialeinrichtungen warnen seit Monaten, dass sie der Sparkurs der Landesregierung hart treffen wird. Landesrätin Martina Rüscher (ÖVP) betonte hingegen, dass es keine Kürzungen geben soll. Am Donnerstag meldete sich die ARGE Wohnungslosenhilfe – bestehend aus Kolping Bregenz und Götzis, ifs Vorarlberg, Kaplan Bonetti, Caritas und dowa – zu Wort und warnte eindringlich in einem Schreiben, das an die Landesregierung, den Landtag, die 96 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und den Gemeindeverband erging: Menschen in existenziellen Notlagen würden nicht mehr im selben Umfang unterstützt werden können, wie dies bisher geschehen ist.

Die ARGE nennt ein Beispiel: Die Tarifikürzungen würden sich aufgrund der Finanzierungsstruktur auch auf die Notunterbringung in der Notschlafstelle Feldkirch auswirken. Es sei zu befürchten, dass die Öffnungszeiten eingeschränkt werden müssen.

Schwächung und Folgekosten

Bislang fanden die Vorarlberger Modelle bundesweit Anerkennung, nicht zuletzt aufgrund der ambulanten Arbeit der Beratungsstellen. „Die stark präventive Ausrichtung der Vorarlberger Wohnungslosenhilfe wird dadurch geschwächt, die Folgekosten werden ein Vielfaches der erzielten Einsparungen betra-



Die ARGE Wohnungslosenhilfe warnt vor massiven Rückschritten im Vorarlberger Modell der Wohnungslosenhilfe. VN/GRUNDNER

in einem gemeinsamen Schreiben. Laut einer Studie der Wirtschaftsuniversität Wien schafft jeder in Delogierungsprävention investierte Euro einen gesellschaftlichen Mehrwert von 94 Euro.

SPÖ: Budgetäre Kurzsichtigkeit

SPÖ-Chef und Wohnbausprecher Mario Leiter reagierte mit einer Kritik an der schwarz-blauen Landesregierung: Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) und Landesstatthalter Christof Bitschi (FPÖ) würden „politisch und budgetär völlig kurzsichtig“ handeln. Er bezeichnete die kolportierten Einsparungen zudem als „menschlich nicht zu verantworten“. Gerade angesichts der bitterkalten Temperaturen der letzten Tage müsse auch in den warmen Regierungsbüros von Wallner und Bitschi klar sein, wie bitter notwendig es ist, jeden einzelnen Fall von Wohnungslosigkeit zu verhindern, mahnt Leiter. Die SPÖ fordert daher die Rücknahme der Kürzungen

sowie eine langfristig gesicherte Finanzierung der Wohnungslosenhilfe und eine jährliche Indexierung zentraler Sozialleistungen.

Nachfrage könnte noch steigen

Den letzten Punkt spricht auch die ARGE Wohnungslosenhilfe an. Sie gibt in dem Rundschreiben an die politischen Entscheidungsträger zu bedenken, dass die Nachfrage aufgrund der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklungen eher steigen werde. „Kürzung, Abschaffung oder Nicht-Indexierung von Transferleistungen führen dazu, dass sich die finanzielle Lage der einkommensschwächsten Haushalte weiter verschlechtert.“ Wie die jährlich erhobenen Zahlen der Wohnungslosenerhebung zeigen würden, sei die Nachfrage im Bereich der ambulanten Wohnungslosenhilfe bereits jetzt auf einem sehr hohen Niveau. Auf VN-Nachfrage wollten sich die Verfasser vorerst nicht weiter im Detail zu den angesprochenen Kritikpunkten äußern. Das Schreiben sei an die Politikerinnen und Politiker im Land gerichtet.

JULIA SCHILLY-POLOZANI
julia.schilly@vn.at
05572 501-490



https://VN.AT/sup7wN

„Die Einsparungen sind finanziell kurzsichtig und menschlich nicht zu verantworten.“

Mario Leiter
SPÖ Chef



gen“, warnen Michael Hämmerle (Kaplan Bonetti), Ferdinand Koller (dowa) und Christoph Wüschner (Kolpinghaus Bregenz)

Westliche „Reformpartnerschaft“

Landeschefs Mattle und Wallner fordern deutliche Verfassungsänderungen.

INNSBRUCK Tirols Landeshauptmann Anton Mattle und sein Vorarlberger Amtskollege Markus Wallner (beide ÖVP) haben ein Positionspapier zur „Reformpartnerschaft“ veröffentlicht. Die beiden Landeschefs schlagen umfassende verfassungsrechtliche Änderungen vor, die eine klarere Trennung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern vorsehen.

Im Gesundheitsbereich soll die Gesetzgebungszuständigkeit zum Bund übergehen, während die regionale Krankenanstaltenplanung bei den Ländern verbleiben soll. Ausnahmen sind für die Finanzierung öffentlicher Krankenanstalten, die Organisation der Landesgesundheitsfonds, Ethikkommissionen, Patientenvertretung und Sonderklassen vorgesehen. Die überregionale Versorgungsplanung würde

beim Bund liegen. Bei der Bildung planen Mattle und Wallner eine deutliche Verlagerung zu den Ländern. Diese sollen für Personalangelegenheiten, Kinderbetreuung und die äußere Organisation der Pflichtschulen zuständig sein. Der Bund bliebe für Unterricht, Lehrpläne und höhere Schulen verantwortlich. Die Bildungsdirektionen sollen aufgelöst und der Bundesvollzug in die Ämter der Landesregierung überführt werden. Das Positionspapier fordert die Abschaffung des Artikels 12 B-VG, der geteilte Zuständigkeiten mit Grundsatzgesetzgebung beim Bund und Ausführung bei den Ländern regelt. „Geteilte Zuständigkeiten haben sich als wenig praxistauglich erwiesen“, argumentierten die Landeshauptleute. Ziel sei eine klarere Zuordnung entweder zum Bund oder zu den Ländern, wobei Mitwirkungsrechte abgesichert bleiben sollen.

Weitere Vorschläge betreffen das Armenwesen, wo der Bund künftig Mindest- oder Höchstsätze festlegen soll, das Elektrizitätswesen mit

Bundeszuständigkeit und Ausnahmen sowie die vollständige Übertragung von Forst- und Volkswohnungswesen an die Länder. Auch die Wildbach- und Lawinenverbauung soll in die Länderkompetenz übergehen.

Stärkung der Finanzautonomie

Mattle, derzeit Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz, und Wallner, der die Funktion ab erstem Juli übernimmt, fordern zudem die Stärkung der Finanzautonomie der Länder und die Reduzierung von 15a-Vereinbarungen auf ein Minimum. Alle Vorschläge stehen unter dem Vorbehalt ausreichender finanzieller Mittel für die Länder im Finanzausgleich.

Das Papier wurde gemeinsam mit Verfassungsexperten beider Länder erstellt und soll nun mit den übrigen Landeshauptleuten abgestimmt werden. Bis Mitte des Jahres brauche es „Klarheit über die Reformvorhaben“ und bis Ende des Jahres „konkrete Ergebnisse“, erklärte Mattle.



Kommentar
Peter Bußjäger

Gesinnungswandel

Am 3. Dezember letzten Jahres hat die Bundesregierung ihre Liste von 113 Vorschlägen, mit denen die Wirtschaft von bürokratischen Vorschriften entlastet werden soll, abgefeiert. So könnte etwa die jährliche Überprüfung von Brandmeldern entfallen,

„Von einem Tag auf den anderen wird erkannt, dass Vertrauen zwar gut, Kontrolle aber besser ist.“

wenn das Unternehmen einen Wartungsvertrag für das Gerät abgeschlossen hat. Das klingt durchaus überzeugend: Soll sich der Gastronom doch selbst darum kümmern, dass sein Brandmelder funktioniert.

Die Entbürokratisierung ist ein wesentliches Anliegen von Staatssekretär Schellhorn, der seine Bekanntheit nicht zuletzt Auftritten im Internet verdankt, in denen er durchaus unterhaltsam seinen Unmut über schikanöse behördliche Kontrollen seines Gastronomiebetriebes kundtat. Was wurde zum Gaudium des Publikums nicht alles über die Behörden und ihre angeblich unsinnigen Kontrollen gelästert!

Heute, eine Brandkatastrophe im schweizerischen Crans Montana später, wird wieder öffentlich über Kontrollen im Gastgewerbe diskutiert, allerdings unter einem neuen Aspekt. Wie sich mittlerweile herausgestellt hat, wurde der Brandschutz in der

betroffenen Bar zuletzt vor gut sechs Jahren überprüft, was nach Expertenmeinung viel zu lange zurückliegt. Behördenvertreter, Sachverständige und Wirtschaftstreibende in Österreich beteuern in seltener Einigkeit, wie engmaschig die Kontrollen dagegen hierzulande sind. So schnell kann ein Gesinnungswandel eintreten: Von einem Tag auf den anderen wird erkannt, dass Vertrauen zwar gut, Kontrolle aber besser ist.

Die Brandkatastrophe in der Schweiz und die offenbar laschen Behörden erinnern mich an eine Vorlesung im Verwaltungsrecht in meiner Studienzeit. „Der Gesetzgeber glaubt immer, dass sich seine Vorschriften von selbst vollziehen“, sagte der Vortragende schmunzelnd. Daran hat sich in den vergangenen 40 Jahren wenig geändert. Im Gegenteil: Die Politik glaubt, einen gewünschten Zustand allein mit Gesetzen und Verordnungen herstellen zu können. Wenn dies nicht gelingt, dann wird eben mit noch höheren Standards und noch strengeren Regelungen (am besten einheitlich!) gekontert, unabhängig davon, wie sinnvoll sie sind.

Rechtsvorschriften sind aber nur so gut wie ihre Durchsetzung. Darauf sollte sich die Politik konzentrieren.



PETER BUSSJÄGER
peter.bussjaeger@vn.at

Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor in Innsbruck.

Regierungsspitze trifft sich zu zweitägiger Klausur

WIEN Die Regierungsspitze trifft sich kommende Woche zu einer zweitägigen Arbeitstagung. Neben Kanzler Christian Stocker (ÖVP), Vizekanzler Andreas Babler (SPÖ) und Außenministerin Beate Meinl-Reisinger (Neos) nehmen am ersten Tag der Besprechung in Mauerbach auch die Regierungskoordinatoren

und die Klubobleute der drei Regierungsparteien an dem Treffen teil.

Die Themenschwerpunkte des zweitägigen Treffens sind laut Bundespressesdienst der weitere Kampf gegen die Inflation, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes sowie Maßnahmen im Bereich Migration.

KARIKATUR

Akute Ausrutsch-Gefahr!

